

# Unglaublicher Skandal! Kanalkonzessionär hat Polizeigewalt! Eigentümer verlieren alle Rechte! Das Interview mit der APE!



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Am vergangenen Freitag verschickte die Eigentümergemeinschaft APE an ihre Mitglieder ein Schreiben mit geradezu skandalösem Inhalt. Um den Lesern, die das Schriftstück noch nicht kennen, eine Zusammenfassung zu ersparen, findet man den Brief weiter unten in dieser Ausgabe vollständig abgedruckt. Die APE setzte sich mit ARENA in Verbindung – unter anderem mit der Bitte, die Infos kurze Zeit zurückzuhalten, um mit einem Interview Erklärungen abzugeben. Nun: wir haben uns daran gehalten, doch im ARENA-Forum ([www.arenaforum.eu](http://www.arenaforum.eu)) war es nicht zu verhindern, das ein User das Schreiben öffentlich gemacht hat und innerhalb von zwei Tagen wurde der Beitrag fast 1.000 Mal angeklickt und weit über 70 Kommentare wurden dazu geschrieben.

Heute Morgen führten wir das Interview mit dem Vorstandsmitglied der APE, Herrn Tim Pelters, der uns über Einzelheiten, Hintergründe, Folgen und Gegenmassnahmen berichtete. Nur zur Info: ARENA bringt diese Nachrichten bislang weltweit exklusiv!

**ARENA:** Herr Pelters, was ist denn los? Soll Empuriabrava nun durch den Kanalkonzessionär vollkommen vernichtet werden oder warum werden solche Gesetze von einer im November abgesetzten Regierung noch als Schnellschuss durchgepeitscht?

**Tim Pelters:** *Es handelt es sich um kein Gesetz, sondern um eine neue Hafenregelung, die aber die gleichen Auswirkungen wie ein Gesetz hat. Der Konzessionär der Kanäle in Empuriabrava hat diesen Antrag gestellt und dieses Reglement wurde von der Generalitat beschlossen und schriftlich auf etwa 170 Seiten fixiert. Ähnliches wurde schon im Jahr 2008 eingereicht, aber damals aufgrund zahlreicher Proteste und Fehler zurückgenommen. Damals hatte neben der APE auch das Rathaus von Castelló d'Empúries Stellung dazu bezogen und etliche Punkte heftig beanstandet. Im letzten Jahr wurde dann eine neue und überarbeitete Version eingereicht und wurde kurz vor Regierungswechsel verabschiedet. Aber - diese vorerst endgültige Fassung erlaubt, Einspruch zu erheben und zu klagen und genau das ist, wo wir ansetzen.*

**ARENA:** Wann hat die APE von dieser neuen Hafenregelung erfahren und warum wurden die Mitglieder erst jetzt von dieser doch sehr beunruhigenden Situation in Kenntnis gesetzt?

**T.P.:** *Das so etwas kommen würde, haben wir schon im Oktober erfahren, aber ohne Hintergrundinfos oder Einzelheiten. Der Beschluss wurde kurz vor den katalanischen*

*Parlamentswahlen durchgebracht und es dauerte bis kurz vor Weihnachten, ehe wir den endgültigen Text erhalten haben. Wir mussten uns beraten, die Anwälte informieren und alles vorbereiten. Da wir keine halbgenauen Nachrichten verbreiten wollten, haben wir bis zur letzten Woche gewartet, die Mitglieder zu informieren. Mittlerweile haben wir genügend Material gesammelt, um gegen die neue Regelung effektiv vorgehen zu können.*

**ARENA:** Und nun wird Einspruch erhoben?

*T.P.:* *Genau und unsere Anwälte sind dabei, diesen zu formulieren und fristgerecht einzureichen.*

**ARENA:** Und eine Änderung des Textes liegt im Bereich des Möglichen?

*T.P.:* *Wenn der politische Wille vorhanden ist, ja. Ohne hier nicht zu viele Einzelheiten zu verraten - Sie werden verstehen, auch unser Gegenpart liest ARENA regelmässig und zieht daraus Informationen - sind wir durchaus optimistisch, einige Lücken, Fehler und Ungereimtheiten ausgemacht zu haben, die in Barcelona neu diskutiert werden müssen und wir hoffen auf Einsicht des neuen Parlaments und besonders des neuen Consellers, Sr. Lluís Recoder.*

**ARENA:** Was bedeutet die Hafengebietregelung denn nun für die Eigentümer von Anlegeplätzen?

*T.P.:* *Das Reglement wird nicht morgen umgesetzt, da der Konzessionär noch verschiedene Dinge vorbereiten und vor allem veröffentlichen muss - Preise, Wirtschaftsplan etc. - ehe er etwas unternehmen kann. Sobald dies allerdings geschehen ist, kann es unter Umständen sehr ungemütlich werden. Der Konzessionär hat dann theoretisch das Recht, mittels eines komplizierten Systems einen Anlegeplatz praktisch vorläufig zu enteignen und dann sogar selber zu nutzen. Ein möglicherweise am Steg liegendes Schiff könnte von dort entfernt und bis zu einer Regelung woanders unter Verschluss geankert werden.*

**ARENA:** Und was hat es mit der Polizeigewalt auf sich? So ohne weiteres darf kein Polizist ein Grundstück betreten und normalerweise ist hierfür ein richterlicher Beschluss nötig...

*T.P.:* *Das stimmt schon, aber es gibt einen Haken. Offiziell ist ein Teil des Grundstücks für den sogenannten Servicebereich vorgesehen - laut momentanem Gesetz sechs Meter - und wenn man auch dies nicht akzeptiert, sollte jedem Besitzer eines Kanalgrundstücks bewusst sein, das z.Zt. mit gültigem Reglement die Nutzung des Servicestreifens durch Rettungskräfte im Notfall geduldet werden muss. Auf diesem dürfen sich auch Polizei, Mitarbeiter des Konzessionärs oder Beamte aufhalten - und könnten sogar ein Schiff von dort abschleppen lassen.*

**ARENA:** Sie sprechen im Konjunktiv, warum?

**Tim Pelters:** Da – wie angesprochen – der Konzessionär noch einige grundlegende Papiere vorbereiten muss und auch diese genehmigt werden müssen. Es ist aber davon auszugehen, dass dies geschehen wird und über kurz oder lang – den Zeitraum wissen wir natürlich nicht präzise – könnte der schlimmste anzunehmende Super-Gau eintreten, nämlich die Beschlagnahmung des Liegeplatzes.

**ARENA:** Und dagegen ist die APE gewappnet?

**T.P.:** Auf jeden Fall. Neben dem Einspruch gegen die neuen Regelungen werden wir versuchen, mit dem neuen zuständigen Minister in Barcelona, Sr. Lluís Recoder, einen Termin zu bekommen und ihm noch einmal die Sachlage vernünftig und logisch

erläutern. Nach den Erfolgen vorangegangener Gespräche von Seiten der APE mit verantwortlichen Personen – ohne diese wäre möglicherweise das Kind schon lange in den Brunnen gefallen – gehen wir die Sache positiv an.

**ARENA:** Aber es besteht die Möglichkeit, dass der Einspruch keinen Erfolg haben wird?

**T.P.:** Es besteht die Gefahr, dass er abgelehnt wird oder nur zu Teilen angenommen wird. Die Entscheidungsträger sind auch nur Menschen und könnten zu unseren Ungunsten urteilen. Sollte dies so sein, werden wir trotzdem die Flinte nicht ins Korn werfen und das Eigentum unserer Mitglieder kampfflos einer doch sehr umstrittenen Institution überlassen. Der Gang vor das Oberste Gericht Kataloniens, um die Rechte der Betroffenen einzuklagen, ist bereits in Vorbereitung. Dort wird dann wahrscheinlich alles noch einmal von Grund auf überprüft und wenn auch das nichts helfen sollte, bleibt als letzte Instanz in Spanien der Gerichtshof in Madrid. Erst danach kann der Europäische Gerichtshof eingeschaltet werden. Die Klagen in Spanien werden von der APE bereits im Hinblick darauf geführt. Um jetzt Fragen vorzubeugen: das alles nimmt möglicherweise einen langen Zeitraum in Anspruch und ich kann Ihnen und Ihren Lesern versichern, dass wir JEDEN Tag mit dieser Angelegenheit beschäftigt sind und uns damit auseinandersetzen.

**ARENA:** Könnte sich der Regierungswechsel im katalanischen Parlament positiv auswirken?

**T.P.:** Da wir noch mit niemandem haben sprechen können, wäre eine Antwort darauf spekulativer Natur. Die jetzige Regierung war uns während ihrer Zeit als Opposition durchaus wohlgesonnen, aber ob dies so bleiben wird, kann man nun natürlich noch nicht sagen. Wir werden forschen, wohin die Tendenzen gehen und dann entsprechend reagieren. Aber es wird uns trotzdem nicht erspart bleiben, weiter zu kämpfen. Unser Gegenpart wird nichts unversucht lassen, die Angelegenheit zu seinen Gunsten zu entscheiden, aber wir sehen uns auf einem guten Weg, dies verhindern zu können.

**ARENA:** Aber das alles verschlingt Unsummen. Ist die Finanzierung gesichert?

**T.P.:** Wie wir in dem Rundschreiben mitgeteilt haben, sind aus den Mitgliedsbeiträgen aus 2010 noch Kapazitäten frei. Aber wir sind auf jede Mitgliedschaft angewiesen – nicht zuletzt um noch mehr Stärke und Einigkeit zu demonstrieren -, um bei einer möglichen Klage nicht finanziell auszubluten. Deswegen auch hier noch einmal der Aufruf, sich der APE anzuschließen. Auch Nichtbetroffene können Mitglied werden und so helfen, Empuriabrava - so wie es ist - zu erhalten.

**ARENA:** Die Demonstrationen vor etwa zwei Jahren haben für Furore gesorgt und doch viel Wirbel in den nationalen und internationalen Medien verursacht. Ist irgendwann mit ähnlichen Aktionen zu rechnen?

**T.P.:** Jetzt darüber Pläne zu schmieden ist unmöglich. Eines ist sicher: wenn es nötig werden sollte, werden wir wieder auf die Straße gehen und der Vorstand der APE wird voranschreiten. Das ist sicher!

**ARENA:** Kommen wir noch einmal auf den Konzessionär zurück. Sie hatten im ersten Teil des Gesprächs erwähnt, dass die Möglichkeit besteht, dass das Boot oder Schiff im schlechtesten Fall abgeschleppt werden kann und deponiert wird. Das ist ein Aufwand, der bezahlt werden will. Wer kommt in dem Fall für die Kosten auf?

**Tim Pelters:** *Laut dem Text der Hafenregelung muss der Eigentümer sämtliche Kosten wie Abschleppen oder Aufsetzen auf einen Trailer, Kranen, Transport und im Falle einer Einigung auch den entsprechenden Rücktransport zahlen. Sollte ein Abschleppen nicht möglich sein, kann das Schiff auch an der bisherigen Anlegestelle manövrierunfähig gemacht werden und dies ginge ebenfalls zu Lasten des Besitzers. Aber noch einmal: die APE und unsere Anwälte arbeiten Tag und Nacht um uns zu verteidigen und uns zu wehren.*

**ARENA: ....**

**T.P.:** *Vor der nächsten Frage noch ein wichtiger Punkt. Nach dem Schreiben hätte der Konzessionär sogar das Recht, bei anfallenden Reparaturarbeiten am Steg, Arbeiten im Kanal oder bei Sicherheitsangelegenheiten, das Boot ohne Rückfrage zu verlegen – das ginge allerdings auf Kosten der Firma. Eine temporäre Verlegung wäre sogar möglich, wenn eine entsprechende Sport – oder Kulturveranstaltung in dem Kanalgebiet durchgeführt würde.*

**ARENA:** Welche Rechte blieben eigentlich noch dem Besitzer des Grundstücks bzw. des Stegs?

**T.P.:** *Er darf zahlen und ist ansonsten relativ hilflos irgendwelchen Mache- nschaften ausgesetzt. Man darf dieses Problem wirklich nicht unterschätzen und meinen, das regelt sich sowieso irgendwann. Weit gefehlt: der Konzessionär wird alles tun, damit die Regelungen nach seinem Plan durchgesetzt werden. Und da hat er die Rechnung ohne die APE und seine Mitglieder gemacht.*

**ARENA:** Würden Sie den Mitgliedern empfehlen, etwas an den Konzessionär zu zahlen – um Ruhe zu haben?

**T.P.:** *Nein, auf keinen Fall. Das würde unsere Arbeit torpedieren und der anderen Seite in die Tasche spielen. Und zurückgezahlt wird mit Sicherheit nichts.*

**ARENA:** Steht der ganze Fall in Verbindung mit dem Küstengesetz?

**T.P.:** *Indirekt schon, aber hier handelt es sich um zwei gänzlich verschiedene Prozesse. Der Konzessionär ist – um es vereinfacht auszudrücken – der katalanischen Hafenaufsicht unterstellt, die von Madrid die Oberhoheit für diesen Bereich zugeteilt bekam. Insofern haben wir es mit dem momentanen Fall mit Barcelona zu tun. Die Arbeit der APE gegen die gesetzlichen Massnahmen des Küstenge- setzes stehen auf einem anderen Papier, werden aber genauso intensiv bearbeitet. Aber im Moment müssen wir diese abstruse Hafenregelung bekämpfen und wir gehen aufgrund der vorliegenden Fakten optimistisch in die Zukunft.*

**ARENA:** Heute bekamen wir eine Leserzuschrift, in der klipp und klar gesagt wurde, das der Schreiber im schlimmsten Fall sein Boot nach Deutschland zurückführen würde und man Empuriabrava doch wieder zum Sumpfgebiet machen solle.

**T.P.:** *Sein Boot abzuziehen ist keine Lösung, damit würde man eine Niederlage eingestehen. Und Sumpfgebiet? Dann würde Europa einen wirklich einzigartigen Ort verlieren, den es zu verteidigen gilt. Und das macht die APE im Namen der Mitglieder, für den Ort und für die Gerechtigkeit.*

**ARENA:** Herr Pelters, wir bedanken uns recht herzlich für das Gespräch.

12.01.11 19:37

---

## Information der APE zur neuen Situation



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Jetzt ist es ARENA doch noch gelungen, einen Vorstand der APE für ein Statement ans Telefon zu bekommen. Kernpunkt des Gesprächs war, das die APE bislang noch kein offizielles Schreiben erhalten hat und das Original im Moment lediglich dem Küstenamt in Girona vorliegt. Aus diesem Grund müssen noch keine Fristen wegen Einsprüchen beachtet werden, da diese erst nach offiziellem Eingang anlaufen. Der Sprecher der APE meinte, das die Betroffenen auf keinen Fall die Geduld verlieren sollen, da die APE sich umgehend nach Eingang des Schreibens gemeinsam mit den Anwälten reagieren wird.

*Es wird von Seiten der APE dringend davor gewarnt, auf Anrufe oder Besuche von fremden Personen zu reagieren, die sich die fatale Lage seit heute zunutze machen und sich anbieten, helfen zu können. Wer auch immer sich meldet, kann garantiert nicht mehr erreichen als die APE mit ihrem Anwaltsteam und das einzige was kommt, sind hohe Rechnungen für nichts.*

Wir werden höchstwahrscheinlich entweder im Laufe des Tages oder morgen weitere Infos erhalten und werden diese unverzüglich hier im Internet veröffentlichen.

14.01.11 13:24

---

EMPURIABRAVA, 14.01.2011 - 23:39 Uhr

## Nächster Rückschlag für Empuriabrava – Küstengesetz wurde in Madrid unterschrieben



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Jetzt kommt es knüppeldick für Empuriabrava: gestern unterschrieb der Generaldirektor für die Nachhaltigkeit von Küste und Meer, Pedro Antonio Ríos Martínez, die Anordnung zur Abgrenzung öffentlichen Grundes an den Kanälen des Ortes. Die Eigentümer verlieren nach diesem Schreiben den Privatcharakter der Anlegestellen und in das Grundstück eingelassene Boots- und Liegeplätze, die an das Meerwasser grenzen. Darüberhinaus wird ein Sicherheitsstreifen von sechs Metern ab Wasserkante in das Grundstück hinein berechnet, was für die Besitzer bedeutet, das in diesem Raum weder gebaut, umgebaut oder sonstwie agiert werden darf. Die entsprechenden Quadratmeter bleiben zwar Eigentum, sind aber quasi totes Land. Die Sechsmeter-Linie geht durch Gärten, Pools und teilweise mitten durch die Schlafzimmer der Leute und ist ein Paradoxum. Mit wenigen kleinen Ausnahmen wurde der ursprüngliche Gesetzestext nun durchgebracht, obwohl die katalanische Partei CiU vor dem Kongress mehrfach und minutiös darauf hingewiesen hatte, dass das Küstengesetz in seiner aktuellen Form speziell auf Empuriabrava nicht angewendet werden kann und der Ort einen Sonderstatus erhalten müsse. All dies hat nichts genutzt und Madrid hat sich letztendlich gegen die logischen Argumente entschieden.

Sämtliche Investitionen, die von den Eigentümern für beispielsweise Bootsgarage oder Konstruktionen an den Anlegestellen sind nun verloren und fallen an den Staat. Zudem

können ab sofort Anlegestege weder gekauft noch verkauft werden und müssen im Status Quo behalten werden.

Madrid interessiert es auch nicht, das Grundstücke, Anlegestellen und kleine Häfen seit vierzig Jahren von Notaren in die Grundbücher eingetragen wurden – also von einem staatlich bestellten Verantwortlichen – und dies nun quasi für null und nichtig erklärt wird. Es interessiert Madrid auch nicht, das Banken auf diese Grundstücke Hypotheken gewährt haben und schon gar nicht, das für die betroffenen Quadratmeter jedes Jahr fleissig Steuern gezahlt wurden. Alles, was rechtlich fundamntiert ist, wird mit Füßen getreten und man setzt sich über eigene Anordnungen und Gesetze hinweg.

ARENA konnte aufgrund der momentanen Hektik bei der APE nur eine kurze Stellungnahme bekommen und in dieser hiess es, das man auch mit diesem Vorgehen aus Madrid rechnen musste, dies aber nur ein kleiner Rückschlag im Kampf gegen dieses irrsinnige Vorgehen ist. Die APE sei vorbereitet gewesen und wird auch gegen diese Madrider Massnahme rechtlich vorgehen.

Auch die CiU ist schon mit dem Fall beschäftigt und derzeit wird über die Vorgehensweise gegen Madrid diskutiert.

Sollten sich am Wochenende neue Fakten ergeben, werden wir die Leser auf unserer Website unverzüglich darüber informieren.

---

## Rathaus Castelló zieht im Fall Empuriabrava vor das höchste Gericht Spaniens



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Die Entscheidung steht: Das Rathaus in Castelló d'Empúries wird zur Verteidigung der Rechte der Bürger Empuriabravas vor das höchste spanische Gericht ziehen. Grund ist laut Bürgermeister Salvi Güell die nicht tragbare Entscheidung aus Madrid, das Küstengesetz in aller Härte durchziehen zu wollen ohne Berücksichtigung der u.a. vom Rathaus eingereichten Argumente und Schreiben, die einen Teil des Textes für nichtig erklären könnten. Laut Güell ist es für das Rathaus nun an der Zeit, nicht mehr nur auf Logik zu appellieren, sondern Eingaben und Forderungen von einem Gericht überprüfen zu lassen und diesem letztendlich die Entscheidung über eine gerechte Lösung für die Betroffenen in Empuriabrava zu überlassen. Das Rathaus bemängelt insgesamt sechs Punkte in dem Text, unter anderem ist die Zuständigkeitsgewalt nicht eindeutig formuliert, es ist nicht eindeutig, welche Rechtsform angewendet werden kann, die mögliche städtische Verantwortung beim Kauf/Verkauf der Anlegestellen wurde aussen vorgelassen, der juristische Motivations-Mangel an der Ausführung wird kritisiert und ebenfalls fehlen Güell die Zusammenhänge zwischen Konzession und Abgrenzung. All diese Punkte versprechen zumindest Erfolg bei der Eingabe der Klage.

Güell verkündete in der Pressemitteilung weiterhin, das es von mangelnder Seriosität des zuständigen Ministeriums zeigt, das a) der Text schon am 23. Dezember unterschrieben wurde und erst vorgestern in das Küstenamt von Girona gelangte und b)

das ehe Ämter und Betroffene informiert wurden, die Geschichte an die Presse gelangte. In dem ganzen Tohuwabohu gab es dann doch noch einen kleinen Lichtschimmer: Der Bürgermeister versicherte, das die aktuell Betroffenen sich keine Sorgen um bisher auf dem Sicherheitsstreifen errichtete Bauten machen müssen: es wird auf gar keinen Fall irgendetwas abgerissen und alles bleibt in dem Zustand wie bisher.

15.01.11 09:42

---

## **APE-Meldung: Hafenregelung im Staatsanzeiger veröffentlicht**

**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Unmittelbar nach dem ARENA-Interview mit der APE Anfang der Woche wurde die neue Hafenregelung für Empuriabrava im spanischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Das Vorstandsmitglied Tim Pelters übermittelte und diese Nachricht und die dazugehörige Erklärung gleich dazu. Der Eintrag hat weder positive noch negative Auswirkungen und nun kann sich jeder den Gesetzestext genauestens anschauen und prüfen. Auf die Arbeit der APE hat dies keinerlei Auswirkung und die Einsprüche gegen die neue Regelung werden fristgerecht eingereicht.

15.01.11 09:36

---

EMPURIABRAVA, 17.01.2011 - 11:22 Uhr

## **Empuriabrava: Wegfall der Liegeplätze bedeutet laut APE einen Verlust von mindestens 100 Millionen Euro**



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Da hat das Umweltministerium mit dem Beschluss, die Liegeplätze in Empuriabrava in staatliches Eigentum umzuwandeln, weder dem Ort noch der Region Alt Empordà einen Gefallen getan. Die betroffenen Eigentümer werden nach Angaben vom Vorstandsmitglied der Eigentümergemeinschaft APE insgesamt einen Verlust von mindestens 100 Millionen Euro zu verkraften haben - wenn das Gesetz nicht gänzlich oder in Teilen gekippt wird. Die Rechnung, die Herr Pelters aufstellte, ist eine ganz einfache: er berechnet nur die etwa 2.000 grösseren Anlegestellen und bewertet diese durchschnittlich auf einen Wert von 50.000 Euro (einige wurden laut Unterlagen für 6.000 Euro verkauft, andere wiederum für mehr als 300.000 Euro) und kommt so auf die besagten 100 Millionen. Darin nicht eingerechnet sind die kleineren Liegestellen, der Verlust der sechs Meter

Sicherheitsstreifen in die Grundstücke hinein und der daraus folgende Schaden oder Verlust bei Verkauf des Objektes. Nach Meinung von Herrn Pelters bedeutet diese eine Unterschrift des Herrn Pedro Antonio Ríos Martínez in Madrid den grössten Schaden und Verlust, den das gesamte Alt Empordà jemals verzeichnen musste. Ob sich in Madrid darüber jemand Gedanken gemacht hat, ist zu bezweifeln und ob sich das Umweltministerium überhaupt darüber bewusst ist, nun als Geldvernichtungsministerium bezeichnet werden zu müssen, ebenfalls.

---

EMPURIABRAVA, 17.01.2011 - 11:25 Uhr

## **APE sagt 100 Millionen Verlust – ARENA sagt eine Milliarde Euro**



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Die im vorangegangenen Beitrag von der APE in den Raum geworfenen Summen über eine Vernichtung von 100 Millionen Euro sind definitiv zu tief gegriffen. Stellen wir doch mal eine fiktive Rechnung auf:

2.000 grosse Liegeplätze à 50.000 Euro = 100.000.000 Euro

2.000 kleine Liegeplätze à 20.000 Euro = 40.000.000 Euro

3.000 Grundstücke verlieren durchschnittlich 70 Quadratmeter = 210.000 qm x 500 Euro = 105.000.000 Euro

Der Verkaufswert dieser Häuser verringert sich circa um 100.000 Euro pro Objekt = 300.000.000 Euro

Der Verkaufswert von ca. 1.000 kleineren Häusern verringert sich um circa. 50.000 Euro = 50.000.000 Euro.

Der wirtschaftliche Schaden für Werften und alle anderen Geschäfte ist ohne offizielle Wirtschaftsstudie schwer zu schätzen, wird sich aber in den nächsten fünf Jahren auf mindestens 100.000.000 Euro belaufen.

Zusammengerechnet und eher nach unten abgerundet bedeutet dies alleine für Empuriabrava knapp 700.000.000 Euro.

Rechnet man jetzt noch Santa Margarida hinzu, das zwar kleiner, aber ebenfalls betroffen ist und eine Unzahl an Immobilien an den Kanälen sein eigen nennt und man hier die Gesamtverluste auf 200.000.000 Euro schätzt, liegen wir mit unserer Fiktivrechnung bei 900.000.000 Euro. Dazu kommen noch die Verluste von Zulieferern und Unternehmen des gesamten Empordà plus eventuell nachlassendem Tourismus in den nächsten Jahren, dann wird die eine Milliarde (1.000.000.000.000) schnell überschritten.

Vielleicht sollte man den Herren in Madrid diese Zahlen präsentieren.....

---

EMPURIABRAVA, 17.01.2011 - 11:27 Uhr

# Vertreter vom Rathaus Castelló fahren diese Woche zu Gesprächen nach Madrid



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Der Bürgermeister von Castelló d'Empúries hat angekündigt, noch in dieser Woche mit Gemeindevertretern nach Madrid fahren zu wollen, um persönlich mit Regierungsvertretern über den Fall Empuriabrava zu sprechen. Nach seiner Meinung ist es ein Unding, dass ein Teil der vom Rathaus eingereichten Einsprüche bearbeitet wurden und andere wiederum keinerlei Berücksichtigung, ja noch nicht einmal eine Erklärung fanden. Im Rathaus ist man nach wie vor der Überzeugung, dass die Verantwortung über die Kanäle in Empuriabrava in die Hände der katalanischen Generalitat gehört und es einfach nicht angehen könne, dass zwei Institutionen über ein und denselben Ort entscheiden. Zwar habe die Generalitat vorläufig die Hafengebietregelung für Empuriabrava genehmigt, aber hier ist auch von Seiten des Rathauses noch nicht das letzte Wort gesprochen. Desweiteren stört es den Bürgermeister, dass die administrative Verantwortung beim Kauf-Verkauf der Grundstücke keine Berücksichtigung fand und man ohne auf diese Argumentation zu hören, einfach Eigentum in eine Konzession umgewandelt hat. Darüberhinaus bemängelt er das anscheinende juristische Desinteresse beim Abgrenzungsprozess, der bislang noch auf dem gleichen Stand wie vor drei Jahren ist

---

EMPURIABRAVA, 17.01.2011 - 11:30 Uhr

## Erste grosse Partei äussert sich zum Fall Empuriabrava



**EMPURIABRAVA / KATALONIEN / SPANIEN:** Die Partido Popular (PP) hat sich als erste grosse Partei zum Fall Küstenschutzgesetz in Empuriabrava geäussert. Der PP-Präsident der Provinz Girona und Sprecher der Partei im Parlament bezeichnete die Verabschiedung des Gesetzes als „schweren Fehler“ und wird den spanischen Staat auffordern, den Text zu reifizieren.